

Europäische Union



An: Verhandlungspartner der Europäischen Union bei der UN-Klimakonferenz

Thema: Unsere Verhandlungsposition

Ziel

Die Mitgliedsländer der EU streben eine globale Vereinbarung zur Reduktion der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) an. Diese Vereinbarung soll sich sowohl auf unsere Wirtschaft als auch auf grundlegende nationale Interessen und die Welt bestmöglich auswirken. Bei der UN-Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 einigten sich die Verhandlungspartner darauf, die Erderwärmung auf „deutlich unter 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau“ zu begrenzen.

Sie müssen als Delegation nun über folgende Punkte entscheiden:

1. Maßnahmen zur Reduzierung der Kohlenstoffdioxidemissionen? Trotz moderaten Rückgangs der Emissionen seit 1990 werden ohne fortgesetzte Maßnahmen die EU-Emissionen wieder steigen. Sie können entscheiden, wann die EU-Emissionen aufhören zu steigen (Jahreszahl; Emissionshöchststand), ab wann EU-Emissionen wieder rückläufig werden (Jahreszahl; Beginn der Emissionsreduktionen), und mit welcher jährlichen Rate Ihre Emissionen sinken (Prozentsatz; Jährliche Reduktionsrate).
2. Ob Sie sich zur Verringerung der Entwaldung verpflichten und mit welcher Reduktionsrate (Prozentsatz; Entwaldung verhindern) bzw. zur Aufforstung und mit welcher Rate? (Prozentsatz; Aufforstung fördern)
3. Wie viel wird die EU zum „Green Climate Fund“ beitragen?
Der „Green Climate Fund“ ist dazu bestimmt, mindestens US\$ 100 Mrd./Jahr bis 2020 für Entwicklungsländer bereitzustellen, um ihre Emissionen zu reduzieren und sich an den Klimawandel anzupassen.

Kontext

Der wissenschaftliche Konsens über das Klima ist eindeutig: Mehr als 97% der Klimaforscher sind sich einig, dass der Klimawandel stattfindet, dass dieser in erster Linie durch den Einsatz von fossilen Brennstoffen verursacht wird, und dass die Auswirkungen verheerend sein können. EU-Forschung hat gezeigt, dass der Klimawandel bereits unsere Mitgliedsstaaten betrifft. Ohne eine dramatische Reduktion der globalen Emissionen werden die Schäden in Zukunft weitaus schwerwiegender in Erscheinung treten.

Öffentliche Meinung

Die Bürger unserer Mitgliedsländer vertreten allgemein die Ansicht, dass der Klimawandel real ist und durch die Handlungen des Menschen entscheidend beeinflusst wird. Die meisten Bürger unterstützen Vereinbarungen, welche den Problemen des Klimawandels entgegenwirken. Aber dennoch lehnen die meisten Steuererhöhungen oder sonstige Maßnahmen ab, welche die Lebenshaltungskosten in die Höhe treiben. Der Klimawandel steht bei den europäischen Bürgern auf der Prioritätenliste nach finanzieller Instabilität, Arbeitslosigkeit und Terrorismus. Unsere Bürger lehnen entschieden jegliche Vereinbarung ab, welche den USA und Entwicklungsländern - insbesondere China - keine verbindlichen Verpflichtungen auferlegt.

Chancen

Die Reduktion von Emissionen bietet viele Vorteile über die Stabilität des Klimas hinaus. Beispielsweise generiert die Weiterentwicklung des Bereichs der erneuerbaren Energie Arbeitsplätze, verringert die Abhängigkeit von ausländischem Öl und Gas und trägt zu einer Abnahme der Luftverschmutzung bei.

Handlungsmöglichkeiten

Die EU übernahm bisher eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel. Bei den Klimaverhandlungen in Paris verpflichtete sich die EU, Emissionen um mindestens 40% bis 2030 im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Unser Versprechen ist eines der ehrgeizigsten unter den großen Emittenten. Es erfordert aber umfangreiche neue Regelungen, die noch nicht umgesetzt wurden und in einer Zeit realisiert werden müssen, in der wir vor erheblichen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Trotz dieser potenziellen Einschränkungen leistet die EU weiterhin Pionierarbeit in der Wirtschaftspolitik, beim Markt für Emissionsrechtehandel und ist führend bei der Umsetzung von Förderprogrammen für erneuerbare, kohlenstoffarme Energiequellen wie Wind und Sonne. Wir werden auch weiter die Führung übernehmen, aber können und wollen nicht als Einzige tätig sein.

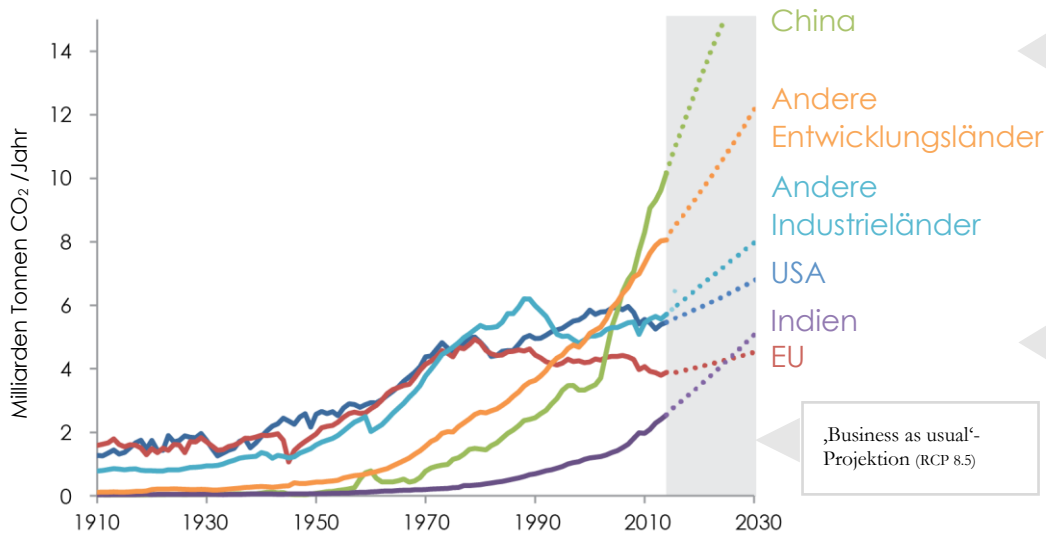
Wald und Landnutzung

Zwar können wir in unserer Region eine Reduktion der THG-Emissionen durch REDD-Politik (Reduktion der Emissionen durch Entwaldung und Landdegradierung) versprechen, doch würde dies nur einen kleinen Teil der EU-Emissionen betreffen.

Globale Situation

- Die Emissionen in China, Indien und anderen Entwicklungsländern wachsen rapide. China allein ist aktuell für 30% der weltweiten THG-Emissionen verantwortlich. Die Gesamtemissionen der Entwicklungsländer werden demnächst die Emissionen aller Industrienationen übersteigen.
- Die USA verursachen mehr als das Doppelte der Pro-Kopf-Emissionen der EU. Dennoch haben sie sich nur dazu verpflichtet, die Emissionen um 26-28% bis zum Jahr 2025 gegenüber dem Niveau von 2005 zu reduzieren. Diesem Zugeständnis steht starke politische Opposition durch Mitglieder des US-Kongresses und Vertreter der fossilen Brennstoffindustrie entgegen. Dennoch konnten US-Wissenschaftler nachweisen, dass die Kosten einer Verzögerung hoch sind und die meisten Bundesstaaten und Regionen in den USA von einer Politik der Emissionsreduktion profitieren. Die Forschung aus den USA bezieht den parteiübergreifenden Bericht „Risky Business“ (<http://riskybusiness.org/>) mit ein, den ehemalige US-Finanzminister beider großer Parteien unterstützen.
- Die Entwicklungsländer betonen weiterhin, dass eine Verringerung ihrer Emissionen eine umfangreiche finanzielle Unterstützung aus den Industrieländern erfordert. Da aber viele dieser Länder durch Korruption geprägt sind, erreicht die finanzielle Unterstützung oft nicht ihr Ziel. Die Entwicklungsländer ziehen außerdem Aufforstungspolitik der Kürzung von Emissionen aus fossilen Brennstoffen vor. Diese ist zwar wichtig, reicht aber alleine nicht aus, um der Herausforderung des Klimawandels zu begegnen.

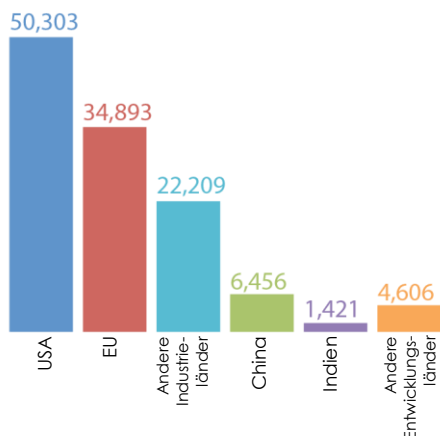
CO₂ Emissionen aus fossilen Brennstoffen und Zement



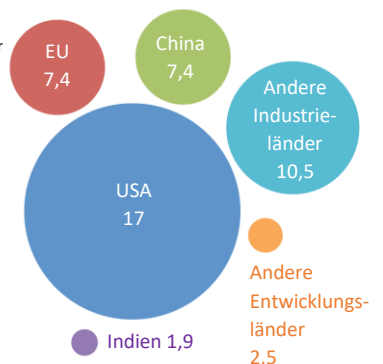
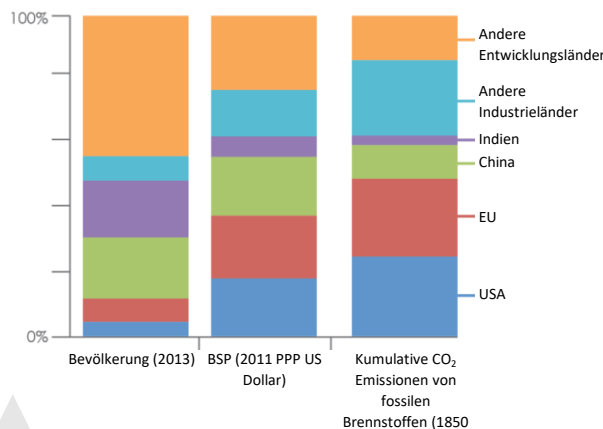
China ist weltweit der größte THG-Emittent. Ohne Maßnahmen werden sich die Emissionen der Entwicklungsländer aus fossilen Energieträgern bis 2100 mehr als

Schweden verwirklichte zwischen 1976 und 1986 eine jährliche Emissionsreduktion von 4,5% und reduzierte so seine Abhängigkeit von Öl. Frankreich und Belgien verzeichneten während dieses Zeitraums ähnliche Reduktionen. Alle anderen bedeutenden Emissionsminderungen ergaben sich durch finanzielle oder politische Krisen. Laut einem UNEP-Bericht ist eine jährliche Reduktionsrate von 3,5% extrem ambitioniert.

BIP pro Person (2011 PPP US Dollar)



Wohlstand und Kumulative Emissionen



Während die kumulativen Emissionen in den Industrieländern bislang höher waren (z.B. **USA**, **EU** und **andere Industrieländer**), übertreffen Bevölkerungswachstum, BIP/Person und Emissionen in den Entwicklungsländern das Wachstum in den Industriestaaten bei weitem. Unter „Business-as-usual“-Annahmen dürften die kumulativen Emissionen aller Industrieländer (**USA**, **EU** und **andere Industrieländer**) bis zum Jahr 2100 auf 37% der gesamten Emissionen sinken.

Seit 1980 stiegen Emissionen pro Person in **China** und **Indien** dramatisch an (um 391% bzw. 285%), während sie in den **USA** und **EU** fielen (um